

# Ein längst überfälliges, halbes „Weihnachtswunder“

Umwelt- und Tierschützer als Spender zweiter Klasse.

Auf den ersten Blick sieht es nach einer äußerst mutigen, zutiefst selbstlosen Initiative der neuen Bundesregierung aus.

Finanzminister Josef Pröll hat ein Vorhaben in Angriff genommen, das die Politik in den letzten 20 Jahren vor sich hergeschoben hat: die steuerliche Absetzbarkeit von Spenden. Kurt Bergmann, der Begründer von „Licht ins Dunkel“, spricht denn auch „von einem der größten Weihnachtswunder in meinem Leben.“ Österreich war auf diesem Sektor – bis gestern – Schlusslicht in Europa. Nun tragen die Finnen die rote Laterne.

Dass Pröll im Einvernehmen mit dem Kanzler Nägler mit Köpfen macht, ist ihm hoch anzurechnen. Prölls Vorgänger Wilhelm Molterer hatte mit der Absetzbarkeit nichts am Hut. Er hegte die Befürchtung, dass Zugeständnisse einen Rattenschwanz an Begehrlichkeiten nach sich ziehen würden.

Karl-Heinz Grasser war aufgeschlossener, aber nicht durchsetzungsstark. Als die



MICHAEL JUNGWIRTH

SPÖ den Finanzminister stellte, stand man aus ideologischen Gründen („das ist nur was für die Reichen“) auf der Bremse.

Pröll, der Macher, der sich – noch dazu mit dem Fingerspitzengefühl für den richtigen Moment ausgestattet – ausgerechnet zur Weihnachtszeit mit diesem Vorstoß profiliert?

Die Wahrheit liegt in der Mitte. Auslöser war ein gebrochenes Wahlversprechen. In der ORF-Elefantenrunde wenige Tage vor der Wahl hatten sich alle Spitzenkandidaten zur Absetzbarkeit bekannt. Als sich dann kein Sterbenswörtchen im Regierungsprogramm wiederfand, gingen die Nichtregierungsorganisationen auf die Barrikaden. Pröll & Co. kratzten rechtzeitig die Kurve.

Mit diesem Schritt greift die Regierung nicht nur den Spendenorganisationen finanziell unter die Arme. Die Absetzbarkeit ist auch Ausdruck der Wertschätzung gegenüber Nichtregierungsorganisationen sowie ehrenamtlicher Tätigkeit, ohne die unsere Gesellschaft vielfach nicht mehr funktionieren würde.

Nun lässt sich trefflich darüber streiten, ob nicht selten auch Aufgaben übernommen werden, die eigentlich in die Kernkompetenz des Staates fallen. Ein Blick über die Landesgrenzen zeigt ein etwas anderes Bild: Wo es einen starken Sozialstaat gibt, ist in Europa auch die Zivilgesellschaft besonders ausgeprägt.

Dass Umwelt- und Tierschutzorganisationen zu Spendenempfängern zweiter Klasse degradiert werden, ist unverständlich. Budgetär fallen sie kaum ins Gewicht. Offenkundig werden diese Gruppierungen für ihre politische Aufsässigkeit bestraft.

Sie erreichen den Autor unter [michael.jungwirth@kleinezeitung.at](mailto:michael.jungwirth@kleinezeitung.at)